

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

8.1.1919 (No. 7)

von der entzündeten Gewehr. Einer derartigen Erregung folgt selbstverständlich eine gewisse Erschöpfung. Der Hunger macht sich geltend. Viele Demonstranten gehen nach Hause, werden aber durch andere ersetzt, denn inzwischen sind die Spandauer angekommen. Sie füllen die Läden aus. Einen besonderen kleinen Theatercoup hatten sich die Spartakusleute ausgedacht. Plötzlich erschien in der Wilhelmstraße ein Lastauto mit vielleicht 10 Soldaten. Die Besatzung gab sich durch Zurufe als regierungstreue aus. Sie rief: „Wir bringen Gewehr!“ Darauf öffneten sich die Pforten der Reichskanzlei. Dort aber war man auf der Hut. Die ganze Gesellschaft wurde als Spartakusleute erkannt. Sie hatten geäußert, durch ein derartiges Manöver sich der Reichskanzlei durch Ubertreibung bemächtigen zu können. Die Waffen wurden ihnen weggenommen und die Leute abgeführt.

Die Agitation der Spartakusleute ist außerordentlich reger. Auch Herr Nabel ist wieder aufgetaucht und hält verschiedentlich Ansprachen. Überall haben sich Gruppen gebildet, in denen die Tagesereignisse lebhaft besprochen werden. Unter den Mehrheitssozialisten hat sich eine Anzahl Liebknechtianer eingeschmuggelt. Sie suchen in seinem Sinne zu agitieren. Die Folge ist aber in den meisten Fällen eine gehörige Tracht Prügel, in anderen bloß Verhaftung.

Zum Oberkommandierenden der Regierungstruppen wurde der Volksbeauftragte Noske ernannt. Die Regierungstruppen werden mittels Lastautos von allen Stadtteilen in das Stadtinnere befördert, wo sie in der Nähe der Reichskanzlei gesammelt werden. Im Innern der Stadt ist den Passanten die Befugnis erteilt, so schnell wie möglich die Straßen zu verlassen. Alle Fenster müssen geschlossen sein.

Am Dienstag glücken die Zustände denen vom Montag, obwohl nicht zu verkennen ist, daß die Anstrengungen der Mehrheitssozialisten und der regierungstreuen Truppen, den Spartakusleuten überall energisch entgegen zu treten, gewachsen sind. Nach der „Freiheit“ hat auf Anordnung der Reichsregierung in Vertretung des Leutnants Fischer Oberleutnant Wapfel die Geschäfte der Berliner Kommandantur bis auf weiteres übernommen. Hauptmann Nads wurde ihm zugeordnet. Die „Freiheit“ veröffentlicht ferner eine Mitteilung, wonach die Franzosen gegen eine Heranziehung unauferklärter Truppen, die in Berlin lagern sollten, energisch protestieren. Des weiteren protestieren sie gegen die Einsetzung des Oberleutnants Wapfel und des Hauptmanns Nads als Stadtkommandanten durch die Regierung.

Das Haupttelegraphenamt und das Hauptfernsprechamt haben zwar gestern eine spartakistische Besatzung erhalten, versehen aber ihren Dienst in der bisherigen Weise.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet von 10.50 Uhr vormittags: Vor dem Reichskanzlerhaus haben sich wieder große Massen angesammelt. Man hört bereits wieder Maschinengewehrfeuer. Zu sehr heftigen Kämpfen ist es gestern nachmittag in der Köpenickerstraße bei der Kaserne der Gardepioniere gekommen. Von den Pionieren wurden Lastautomobile, die für die Liebknechtleute bestimmt waren, angehalten. Bei den Kämpfen hat es 50 Tote gegeben. Die „Freiheit“ erhielt vom Polizeipräsident die Nachricht, daß sich bei der Kaserne der Gardepioniere in der Köpenickerstraße vorgestern abend heftige Kämpfe abgespielt haben. Veranlassung soll gewesen sein, daß einige Marine-Landflieger von den Pionieren verhaftet werden sollten. Auch einige Automobile mit Munition wurden von den Pionieren angehalten. Bei diesen Kämpfen habe es außer vielen Verwundeten auch etwa 15 Tote gegeben. Ferner wird mitgeteilt, daß auch vor dem Kriegsministerium geschossen worden sein soll, wodurch 8 Personen getötet und 10 schwer verletzt wurden.

11.15 Uhr vormittags. Die anmarschierenden Jünger der Mehrheitsstruppen zogen auf den Wilhelmplatz und vor das Reichskanzlerhaus, gegen Mittag in starken Massen. Es werden unter den Truppen, wie gestern zahlreiche Ansprachen gehalten. Am Brandenburger Tor, am Schloßplatz und dem Belle-Allianceplatz ist es bereits zu Feuergefechten zwischen Pionieren der Regierungstruppen und Spartakusanhängern gekommen.

11.30 Uhr vormittags. Die Arbeiterräte und Vertrauensleute der Gewerkschaften und der Parteien wurden in das Reichsamt des Innern zu einer Sitzung berufen, in der beraten werden soll, was heute zu geschehen habe. Anscheinend ist sich die Regierung darüber noch im Unklaren und die Energie erschöpft sich einseitigen in Ansprachen und Hochrufen auf die Regierung und Rückrufen auf Liebknecht.

Der Staatssekretär Graf von Kanitz hat gestern im Rate der Volksbeauftragten mitgeteilt, daß er unter den gegenwärtigen Umständen der Unruhe vorläufig die Arbeiten des auswärtigen Amtes suspendieren lasse, bis wieder Ruhe und Ordnung in Berlin hergestellt seien.

Der „Frankf. Gen.-Anz.“ meldet: Die Besetzung der öffentlichen Gebäude durch die Spartakusleute oder die revolutionären Obleute nimmt ihren Fortgang. Es wird zuverlässig gemeldet, daß am Montag abend bewaffnete Spartakusleute vor dem Hause der Eisenbahndirektion erschienen, um das Gebäude zu besetzen. Da die Beamten den Dienst bereits verlassen hatten, gelang das Vorhaben ziemlich schnell. Auf Anordnung der Regierung kamen späterhin Sicherheitssoldaten in einem Automobil an und wurden noch während der Fahrt mit Schüssen aus dem Gebäude der Direktion empfangen. Die Soldaten erwiderten das Feuer, ließen sich aber dann auf Verhandlungen ein und räumten dann das Feld. Die Eisenbahndirektion in Berlin ist also noch in den Händen der Bolschewisten und Anarchisten, und man muß abwarten, welchen Einfluß dies auf den Verkehr ausüben wird.

Ferner sind im Laufe der Nacht Winkelschiffe und Spartakusanhänger in die Reichsdruckerei eingedrungen und haben das Gebäude besetzt. Sie sollen die Vorräte und das fertige Papiergeld mit Beschlag belegt haben.

Wie die „Tägl. Rundschau“ erzählt, hat sich die Volksmarine-division vollständig auf die Seite der Regierung gestellt und hat erklärt, daß sie mit den Angelegenheiten der Spartakusgruppe nichts zu tun hätte und keine Verantwortung für die Spartakusleute übernehme. Sie hat überall ihre Führer abgesetzt und neue gewählt. Ferner hat sie das Revisionskomitee, das im Marzfall war, besetzt. Durch dieses Vorgehen der Volksmarine-division hat sich, wie der Gewächsmann des obigen Blattes meldet, die Lage für die Regierung wesentlich gebessert. Die Beamten des Berliner Polizeipräsidenten haben, abgesehen von den Sicherheitsmannschaften heute vormittag wegen Lebensgefahr das Gebäude verlassen. Im Gebäude blieb nur der Polizeipräsident Eichhorn mit seinen Sicherheitsmannschaften.

Die „Bad. Presse“ erzählt aus dem Bureau der Reichskanzlei unterm 7. Jan.:

Auch am heutigen Dienstag hatten sich große Menschenmassen vor allen Dingen Arbeiter, aber auch zahlreiche Angehörige der verschiedenen bürgerlichen Parteien, unter denen solche mit schwarz-rot-goldenen Armbinden zahlreich vertreten waren, vor der Reichskanzlei eingefunden. Die Regierung ist nach wie vor auf das Äußerste entschlossen, mit dem Spartakussterror zum Schluß zu gelangen. Sie wird jedes Mittel, auch das der äußersten Gewalt anzuwenden, wenn die Liebknechtianer gegen sie mit Gewalt vorgehen. Sie hat nicht die Absicht, protezierend oder angriffsweise gegen die Demonstrationen der Spartakusleute vorzugehen, wird sich aber in der Defensive mit allen Mitteln verteidigen, die ein klärriger Krieg den Soldaten in die Hand gegeben hat.

Deute u. 11 Uhr sind wiederum 8 Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die schon in der Nacht von Montag auf Dienstag bis 9 Uhr verhandelt hatten, zu neuen Einigungsverhandlungen in der Reichskanzlei eingetroffen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie unter allen Umständen nur dann in Verhandlungen eintritt, wenn die von den Spartakisten besetzten staatlichen Gebäude sofort geräumt werden. Alle Verhandlungen können nur das eine Ziel haben, über den bestehenden Zustand der Unruhe hinaus endlich den Zustand völliger Sicherheit der Regierung wie des einzelnen Mannes aus dem Volke zu begründen. Von den Verhandlungen des heutigen Tages hängt alles ab.

Gestern nacht ist es, so meldet die „B. Fr.“ am 8., zu erneuten schweren Straßenkämpfen gekommen. Von 11 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens ging eine furchtbare Kanonade über Berlin nieder. Kanonen und Maschinengewehre feuerten fast ohne jede Unterbrechung, als ob man mitten in einer Feldschlacht sei. Bis zur Stunde liegen nähere Mitteilungen über die Verlustzahlen und den Verlauf der Kämpfe nicht vor. Doch ist die Regierung immer noch Herrin der Lage. Große Truppenmassen werden immer noch nach Berlin beordert, darunter zahlreiche Artillerie. Schwere Straßenkämpfe tobten nachts im Zeitungsviertel zur Befreiung der dort von Spartakus besetzten Zeitungen. Auf beiden Seiten wurde erbittert gekämpft. Es kamen hierbei Flammenwerfer zur Anwendung.

Nach einer Meldung der „Berl. Abendztg.“ ist eine vollständige Division mit Artillerie und Maschinengewehren aus der Richtung Potsdam im Anmarsch. Einer Nachrichtenstelle zufolge, soll bei dem Spartakusbund die Absicht bestehen, den gesamten Eisenbahnbetriebsbereich von und nach Berlin lahm zu legen. Dieses Unterbinden des Zugverkehrs hat wohl in der Hauptsache den Zweck, das Heranbringen regierungstreuer Truppen zu erschweren. Durch die Eisenbahndiversion Berlin ist gestern nachmittag der Stadtbahnverkehr bis auf weiteres eingestellt worden. Auch die Untergrundbahn hat ihren Betrieb eingestellt. Wie die „B. F. a. M.“ erzählt, wurde der Schleifische Bahnhof heute vormittag 10 Uhr von Spartakusleuten besetzt, die auf allen Bahnsteigen Maschinengewehre aufgestellt hatten und sich offenbar auf einen Kampf vorbereiteten. Der Matrosenrat in Kiel hat einer Privatmeldung der „B. Fr.“ zufolge, die Unterstützung der Reichsregierung gegen die Spartakusleute beschlossen. Die Soldatenräte aller Berliner Garnisonen haben sich gestern abend auf die Seite der Regierung gestellt. Aus den Garnisonen Brandenburg, Frankfurt a. d. O. und Küstrin sind gleiche Kundgebungen an die Regierung abgegangen. Volkskommissar Noske hat im Auftrag der Regierung noch gestern abend die Alarmbereitschaft an die ganze Berliner Garnison ausgegeben.

In einer Spartakusversammlung wurde gestern H. „B. Fr.“ beschlossen, am 19. Januar alle Arbeiter auf die Straßen zu schicken und mit allen erdenklichen Mitteln die Nationalversammlung zu hintertreiben.

Zu den Vermittlungsverhandlungen, die auf den Vorschlag der unabhängigen Sozialistenpartei zwischen der Reichsleitung und den revolutionären Obleuten stattfinden sollten, ward nach einer Meldung des „B. F. a. M.“ mitgeteilt, daß die Vertretung des Spartakusbundes die Verhandlungen ablehnt und daß sie hiermit auch auf die Vertretung im Komitee verzichteten, das mit der Führung der Verhandlungen betraut wurde.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ schreibt regierungsoffiziell: Die bedauerlichen Vorgänge in Berlin am Sonntag und Montag haben nach bereits vorliegenden Depeschen der deutschen Vertreter in Spa eine geradezu verhängnisvolle Wirkung auf unsere außenpolitische Lage gehabt. Die Vertreter der Entente haben sich bereits erkundigt, ob Deutschland nach diesen Ereignissen in der Lage sei, seinen finanziellen Verpflichtungen zu entsprechen. Sie verlangen Sicherheiten für die Erfüllung ihrer Forderungen und drohen, sich in eventuellen Fälle die Sicherheiten auf eigene Faust zu verschaffen. Wenn sich das deutsche Volk nicht im letzten Augenblick dem Spartakus zur Wehr setzt, so droht dieser „Sklavenverkehr“ und in die ewige Schuldnechtschaft der siegreichen Entente zu führen.

Spartakusunruhen im Reich.

In Dortmund hielten Anhänger des Spartakusbundes am 7. d. M. eine Versammlung ab, nach der es in verschiedenen Stadtteilen zwischen den Spartakisten und der Sicherheitswehr zu Zusammenstößen kam. Am Kernerplatz, wo der Bezirksstadtenrat sein Bureau hat, wurden mehrere Zivilpersonen durch Maschinengewehrfeuer verletzt. Am späten Abend zogen die Demonstranten unter Hochrufen auf Liebknecht nach dem Druckereigebäude der „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung“, dem Organ der Mehrheitssozialisten und besetzten die Betriebsräume. Die in dem Betriebe lagernden gedruckten Zeitungen wurden vor dem Druckereigebäude in der Kilerstraße und auf dem Steinplatz verbrannt. Wegen Flugblätterverteilung hatte die Sicherheitswehr über 20 Spartakisten verhaftet, die abends um 10 Uhr jedoch wieder freigelassen wurden. Am 12 Uhr nachts wurde noch in verschiedenen Teilen der Stadt geschossen. Der Straßenbahnverkehr wurde um 9 1/2 Uhr abends eingestellt.

Aus Braunschweig wird gemeldet: Die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft ist gestern nachmittag in einem Sympathieakt für die Partei Liebknecht eingetreten. Um 3 Uhr versammelten sich die Garnisonssoldaten, die Matrosen mit etwa 60 Maschinengewehren, Mitglieder der Braunschweiger Volkswehr, über 10 000 Arbeiter und Angehörige aller Stände zu einem gewaltigen Zuge durch die Stadt. Vor dem ehemaligen Schloß wurden an die Teilnehmer gleichzeitig mehrere Ansprachen von dem Präsidenten der Republik, den Volkskommissaren und Spartakistenführern gehalten.

Ein Sozialistenführer aus Holland, der auf einer Reise durch Deutschland begriffen ist, um die revolutionären Zustände im Deutschen Reich zu lernen, sagte vom Hauptbahnhof des Schloßes herab, daß auch in Holland die Revolution nicht mehr aufzuhalten sei.

Im Verlaufe der Demonstration führten zahlreiche Teilnehmer die Geschäftshäuser der bürgerlichen Zeitungen und das Bureau des „Sozialdemokraten“, des Organs der sozialistischen Partei, dessen Räume geschlossen und unter scharfer Bewachung gestellt wurden. Eine große Menge von Zeitungen und Flugblättern wurden vor dem Schloße zu einem Berge aufgetürmt und verbrannt. Der Straßenbahnverkehr ist seit gestern nachmittag vollständig eingestellt.

In Nürnberg wurde gestern nachmittag 2 Uhr die „Fränkische Tagespost“, das Organ der Mehrheitssozialisten, von Spartakusleuten besetzt.

In Mülheim und Oberhausen haben die Spartakusanhänger die öffentliche Gewalt an sich gerissen und die Herrschaft des Proletariats nach russischem Vorbild proklamiert.

Aus München wird amtlich gemeldet: Am Dienstag, 7. Jan., nachmittags 4 Uhr, zogen im Anschluß an eine Versammlung der Arbeitslosen auf der Theresienwiese etwa 4-5000 Demon-

stranten vor das Ministerium für soziale Fürsorge. Eine Anordnung überbrachte dem Minister die Forderungen. Nach längeren Beratungen teilte Minister Unterleitner mit, daß es folgende Forderungen erfüllen werde: Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 8 M., die Karenzzeit für Nichtkriegsteilnehmer wird aufgehoben. Feiertage werden begahnt. Während der Minister Unterleitner dieses den Massen bekannt geben wollte, rief ein Soldat vom Balkon des Ministeriums herab: „Unterleitner hat nichts bemerkt, wodurch bei den Massen eine große Erregung hervorgerufen wurde. Zoller, der als Vertreter des Vollzugsrates den Verhandlungen beigewohnt hatte, wies daraufhin, daß diese Angabe falsch sei und berichtete, welche Forderungen erfüllt worden seien. Darauf beruhigte sich die Masse. Plötzlich fiel aus der Menge ein Schuß. Auf das Gerücht, daß dieser Schuß von der Schutzwache im Ministerium abgegeben worden sei, drangen etwa 100 Leute in das Ministerium ein, die aber das Gebäude bald wieder verließen. Bald darauf hörte man auf der Museumstraße Maschinengewehrfeuer. Zeugen behaupteten, daß die Schüsse aus der Hypothekentank und Wechselbank abgegeben worden seien. Die Untersuchung, die durch den Polizeipräsidenten Stamer und den Stadtkommandanten Dürr persönlich vorgenommen wurde, hat bis jetzt noch kein sicheres Resultat ergeben. Leider wurden die Personen schwer verwundet, von denen zwei bald darauf gestorben sind. Gegen 7 Uhr zerstreute sich die Menge.

Der heftige Vollzugsrat für die Reichsregierung.

M. A. Darmstadt, 7. Jan. Der Vollzugsrat der Republik Hessen hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, daß er auf Grund der letzten Vorgänge in Berlin und besonders hinsichtlich der ergriffenen Maßnahmen der Reichsregierung, geschlossen hinter der Regierung Ebert-Scheidemann stehe.

Gehemmt über den Krieg.

Wie verlautet, sind die Vorarbeiten im auswärtigen Amt und im Archiv des Kaisers betreffend die Geheimtaten über die Vorgeschichte des Krieges abgeschlossen. Die Veröffentlichung der dargelegenen Geheimtate soll erst nach dem Jahresbericht der Nationalversammlung zu erwarten sein.

Verbringung Madensens nach Frankreich.

„Daily Mail“ meldet: Feldmarschall Madensens wird dort Soloniki nach Frankreich gebracht. Wichtige Befehle, die nicht angebeutet werden können, stehen zur Wehre des Bolschewismus bevor.

Baden.

Karlsruhe, 8. Januar.

** Am 7. Januar hat in Basel S. A. B. zwischen den beteiligten Schweizerischen und badischen Eisenbahnen, Post- und Militärbehörden eine Besprechung darüber stattgefunden, ob und unter welchen Voraussetzungen der Personenverkehr nach Basel ab. Stb. und über die Verbindungsbahn nach Basel S. A. B. wieder aufgenommen werden kann. Die beteiligten Behörden haben sich grundsätzlich darüber geeinigt, daß der Verkehr nach Basel ab. Stb. sowie über die Verbindungsbahn nach und von Basel S. A. B. vorbehaltlich der von den zuständigen Reichs- und Landesbehörden noch zu genehmigenden besonderen Verabredungen über die Durchführung der Ausfuhrverbote u. s. w. wieder aufgenommen werden soll. Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Verkehrs kann noch nicht bestimmt werden, da er von dem Gange der Zustimmung durch die im Betracht kommenden Behörden abhängig ist.

Presestimme zur Nationalversammlungswahl.

Im „Karlsruher Tagblatt“ schreibt Minister Dr. Ludwig Haas:

Im Vorbergrunde steht die Überzeugung, daß das Wahlergebnis für die gesamten Interessen des badischen Volkes als höchst erfreulich bezeichnet werden muß; wir dürfen hoffen, daß auch weiterhin die Ruhe und Ordnung im badischen Lande aufrecht erhalten werden kann. Die Bildung einer Mehrheit der Rechten, bestehend aus einem Abgeordneten des Zentrums und der Deutsch-nationalen Volkspartei, ist unmöglich gemacht; es gibt keine Reichsmehrheit. ... Trotz der Überzeugung aber, daß das Zentrum zu einer demokratischen Politik bereit ist, ist weniger bei den sozialdemokratischen Führern, als in der sozialdemokratischen Masse das Mißtrauen gegen das Zentrum außerordentlich stark. Deshalb wären die Folgen unabsehbar gewesen, wenn sich die Möglichkeit eines Blokes der Rechten durch das Wahlsergebnis hätte ermöglichen lassen. Es hätte uns in Baden eine neue zweite Revolution gebohrt. Darüber ist sich die Demokratie völlig klar, daß in Zukunft im Reich und in Baden keine Politik unter Ausschaltung der Sozialdemokratie gemacht werden kann. Es wäre theoretisch möglich, in der badischen Nationalversammlung einen Block der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Das wäre eine Politik des Wahnsinns. Damit würde man die zweite Revolution und die Zerstörung des Staates heraufbeschwören. ... So darf mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß das künftige Ministerium als Koalitionsministerium Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie umfassen wird. Fraglich bleibt, ob eine rein verhältnismäßige Beteiligung der Parteien nach ihrem Stärkeverhältnis in der Regierung möglich sein wird. Baden ist ein deutscher Bundesstaat. Die Sozialdemokratie wird in der Reichsregierung einen außerordentlich starken Einfluß besitzen; sie wird dort ausschlaggebend sein. Es kann im Hinblick auf den Zusammenhang mit dem Reich die Anschauung vertreten werden, daß der Sozialdemokratie deshalb auch in Baden ein größerer, als der rein zahlenmäßige Einfluß zukommt. ... Es werden deshalb das Zentrum und wir unter Umständen zu Zugewinnbereiten bereit sein müssen. Auch hier hat jeder Parteigänger hinter die eine große Aufgabe zurückzutreten, daß die Sozialdemokratie nicht nur zur Mitarbeit, sondern auch zur freudigen Mitarbeit im neuen Staate bereit bleiben muß. Die sozialdemokratischen Führer können, so wie die Verhältnisse liegen, ihre bisherige verstandige Politik nur fortsetzen, wenn der durch die Sozialdemokratie vertretene Volksteil die starke Überzeugung besitzt, daß ein weitgehender Einfluß der eigenen Partei auf die Regierung gewährleistet ist. Die Verabredung läßt sich erzielen. Zum Ausgang der Nationalversammlungswahl schreibt das Karlsruher sozialdemokratische Parteiblatt, der „Volkshfreund“, u. a.:

Optimistische Erwartungen hat der Wahlausfall enttäuscht, pessimistische nicht gerechtfertigt. Die Sozialdemokratie geht aus dem Kampf neben dem Zentrum als die stärkste Partei hervor, die absolute Mehrheit gegenüber der Front der bürgerlichen Fraktionen hat sie nicht erhalten. Sie wird sich mit der ehemaligen „Fortschrittlichen Volkspartei“ zusammenschließen müssen, um dem Block der Rechten eine Majorität entgegenstellen zu können.

Und weiter:

„Ganz kläglich ist es den Unabhängigen gegangen. Wir frohlocken deshalb nicht. Unser Wunsch ist nur der, daß sie aus ihrem Fiasco, welches so oder so ähnlich sich bei Wahlangelegenheiten schon hundertmal abgespielt hat, ein kleine Lektion lernen, aus dem sie lernen. Das Eine müssen sie endlich lernen: allein können sie nicht weiter, sie werden erst dann wieder eine Macht werden, wenn sie sich mit uns vereinigen.“

Die „Mannheimer Volksstimme“ führt u. a. folgendes aus:

„Die ersten Wahlen nach der Revolution liegen hinter uns; als befriedigend kann indessen ihr Ergebnis nicht angesehen werden. Zwar, die Sozialdemokratie hat einen sprunghaften und auch in seiner Gesamtheit erfreulich hohen Stimmen- und Mandatsgewinn erzielt; einen höheren, als manche skeptisch veranlagte Gemüter erdachten, aber auch nicht einen in so starkem Ausmaß hohen, wie ihn vereinzelt Optimisten, vor allem unter den mit den schwierigen Verhältnissen Baden weniger vertrauten neueren Anhängern unserer Partei erhoffen zu dürfen glaubten. . . . Alles in allem genommen, wird das neue badische Parlament, wenigstens nach dem vorläufigen Ergebnis der Wahlen, leider nicht jenes entscheidende und unabweidliche Gesicht haben, das man wünschen mußte. An der Spitze der Parteien wird das Zentrum mit etwa 41 Mandaten marschieren, ihm wird die Sozialdemokratie folgen mit 35 Vertretern, während die Demokratische Partei mit 24 Abgeordneten das Bürglein an der Spitze bilden und die Konserverativen mit ihren 7 Mandaten wohl meistens als ein Anhang des Zentrums einzuzählen sein werden. Es wird deshalb knapp auf knapp gehen und es wird von der Demokratischen Partei abhängen, ob im neuen Baden eine ausreichende und arbeitsfähige und vor allem wirklich demokratische und sozialorientierte Mehrheit zustande kommt, oder ob sie durch ein politisch-politisches Abgleiten eines Teils ihrer Mandatsträger — und es sind ein paar wenig verlässliche Kantonalisten unter ihnen — in dem Baden nach der Revolution dem Zentrum zur ausschlaggebenden Macht verhilfen. Damit ruht eine schwere Verantwortung auf der Demokratischen Partei und zugleich das ganze künftige Schicksal des bürgerlichen Liberalismus als solcher in ihrer Hand.“

Die „Badische Landeszeitung“ kommt zu folgendem Schluß:

„Das Wahlergebnis ist im ganzen so ausgefallen, wie man unter den gegebenen Verhältnissen es nicht erheblich anders erwarten durfte. Sowohl die Sozialdemokratie, als auch Zentrum und Konserverative zusammen hatten sich auf eine Mehrheit in der neuen Volksvertretung einigermaßen gerechnet und manche Liberale haben eine solche Mehrheit begehrt. Sie ist nicht zustande gekommen. Die Deutsche Demokratische Partei hat ungefähr erreicht, was nützliche Redner in ihren Kreisen erhofften; ein paar Sitze mehr, auf die man etwa rechnen, müssen verschmerzt werden. Jedenfalls ist die Partei in der Lage versetzt, mit der Sozialdemokratie die alte Großblödmehrheit, nötigenfalls aber auch gegen die Sozialdemokratie eine Mehrheit nach rechts bilden zu können.“

Der „Mannheimer Generalanzeiger“ bemerkt u. a.:

„Alles in allem: der badische Wahltag ist ein Lichttag in trüber Zeit. Wir freuen uns dessen und schöpfen aus seinem Ergebnis neue Kraft und Hoffnung.“

Im „Heidelberger Tageblatt“ heißt es u. a.:

„Im großen und ganzen kann man also zusammenfassend sagen, das Baden hat sich erweisen als ein durchaus freigeistlich gesinnter Staat, in sich genug gesellig und politisch ergötzt, um nicht der Unvernunft Tür und Tor zu öffnen. Man wird dies im Reich wohl zu würdigen verstehen, und es ist zu hoffen, daß von der Schwedische Deutschlands aus die Wirkung auf die deutschen Nationalwahlen und die weiteren Wahlen in den Bundesstaaten nicht ausbleiben wird. Freilich ist auch in Baden noch lange nicht alles getan. Die Erfahrungen, die man hier im Wahlkampf gesammelt hat, müssen von den Parteien fruchtbar gemacht werden für das übrige Reich.“

Die „Heidelberger Zeitung“ äußert u. a.:

„Die vernichtende Niederlage der Unabhängigen ist nicht unerwartet. Die Vorgänge in Berlin haben auch auf die badische Bevölkerung abdrückend gewirkt, so daß auch ihr bisheriger einziger Vertreter, der Offenburger Adolf Gled nicht mehr seinen jahrelang befehligen Platz in Karlsruhe einnimmt. Auf der anderen Seite zeigt aber gerade dieses Wahlergebnis, wie verfehlt und ungerechtfertigt die paritätische Amtsverteilung im Reich und auch in den Bundesstaaten war, den Unabhängigen war ein größerer Einfluß eingeräumt worden, als ihnen überhaupt zulang.“

Die „Badische Presse“ sagt u. a.:

„Es ist nicht zu verkennen, daß trotz der Mehrheit, welche die Linke bei einem Zusammengehen von Sozialdemokraten und Demokraten im Landtage zur Festigung der durch den Umsturz bewirkten neuen Staatsform darstellte, die Zahlen, welche Zentrum und Deutsch-nationale Volkspartei auf sich vereinten, sehr große sind. Es beruht das einmal auf der starken Beteiligung des Frauenelements aus den kirchlichen Kreisen beider christlichen Bekenntnisse, andererseits wohl auch darauf, daß viele rechtsstehende national-liberale Männer gleichfalls die Hut des religiösen Bedürfnisses hierzu veranlaßt, was infolgedessen eine irrtümliche Anschauung war, als die Deutsche Demokratische Partei ausdrücklich sich gegen eine Trennung von Kirche und Staat unter den neuen staatlichen Verhältnissen aussprach. Andererseits hat sicher auch die nicht in allem geschickte Zusammenstellung der demokratischen Liste, die manche vorgebrachten Wünsche nicht glaubte erfüllen zu können, dazu beigetragen. Im übrigen aber weist die Deutsche Demokratische Partei in der badischen Nationalversammlung so viele führende Köpfe auf, daß sie ganz besonders dazu geeignet erscheint, daß ihr als einer starken und entschlossenen Mittelpartei zum Ausgleich der Gegensätze zwischen Rechts und Links und zur Verhütung sowohl reaktionärer wie extrem-radikaler Beschlüsse der Volksvertretung das höchste Maß von Vertrauen gebührt.“

Der „Badische Beobachter“ leitet seinen Artikel „Krieg nach der Schlacht“ mit folgenden Sätzen ein:

„Mit einer Spannung wie noch nie hat die Wählerchaft Baden auf das Endergebnis der Wahlkampf in Stadt und Land gemartet. Es liegt nun vor. Wir freuen uns, daß wir sagen können: Wir haben gesiegt! 41 Mandate von 107 sind in unserem Besitz geblieben, das sind 38,3 Prozent, genau soviel besaßen wir im verflorenen Landtag. Wir schätzen dieses Resultat umso höher ein, als der ganze Ansturm der Sozialdemokratie, der ganze Ansturm der Revolution, der ganze Ansturm des Unmutes aus dem Kriege von keiner Partei so wie von uns ausgehalten werden mußte. Wir haben ihn ausgehalten unter der alten, erprobten Fahne, und das ist unser Stolz und unser Triumph!“

Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ sagt u. a.:

„Wenn auch die Sozialdemokratie relativ — gemessen an

ihren Wünschen und Plänen — höchst abgeschritten ist, so darf man darüber doch nicht übersehen, daß ihre Stimmenzahl eine sehr beträchtliche geworden ist. Zentrumstimmen werden wohl nicht viele darin enthalten sein: umfomehr aber wohl solche, die bislang der demokratischen Linke zugezählt haben.“

Und an anderer Stelle seiner Besprechung des Wahlergebnisses bemerkt das Mannheimer Zentrumblatt:

„In dieser Abstimmung steht des Volkes Dank für die Revolution, die uns in unermesslichem Unheil gestürzt hat, liegt aber auch nicht minder eine Verwerfung aller seit der Revolution beliebten Methoden. Wenn die Sozialdemokratie nun beraten ist, lernt sie daraus.“

Die Landeszentrale der Arbeiter, Bauern- und Volksräte hat an die Arbeiter, Bauern, Volks- und Soldatenräte Baden folgenden Aufruf erlassen:

„Die Wahl zur badischen Nationalversammlung liegt hinter uns. Eine reaktionäre Mehrheit, wie mancherorts befürchtet wurde, hat sie nicht gebracht. Es wird trotz des Wahlausgangs keine Mehrheitspolitik der bürgerlichen Parteien möglich sein, weil der Wiederaufbau des zusammenbrechenden Staates die Zusammenfassung aller politischen Kräfte erfordert.“

Der Elterenausschuß der Landesorganisation der A., B. und V.-Räte und der Landesauschuß der Soldatenräte haben in ihrer Vollziehung vom 6. Januar beschlossen, bei der Überleitung in den durch die Wahl vorbereiteten geschäftlichen Zustand behilflich zu sein. Die A., B., V. und S.-Räte bestehen deshalb solange fort, bis die Folge der Revolution von der Nationalversammlung verbürgt sind.

Als solche Erfolge kommen besonders in Betracht: Sicherung der demokratischen Volkseigentümer und ihrer Verfassung; Durchführung der Wahlen zu den Gemeinde-, Bezirks- und Kreisverwaltungen auf dem Boden des Wahlrechts für die Nationalversammlung; Inangriffnahme der Sozialisierung derjenigen Betriebe, bei welchen die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen; Sicherung des Arbeitslohnentages; Erziehung der heutigen Heeresorganisation durch ein Volksheer auf demokratischer Grundlage.

Die Stellung der Organisationsleitung wird den A., B., V. und S.-Räten auf der am 10. Januar in Karlsruhe stattfindenden Landesversammlung zur Nachprüfung und Beschlussfassung unterbreitet. Emil Maier, A. Kemmele.“

Mannheim, 6. Jan. Ein bedauerlicher Vorfall hat sich hier am Samstag morgen ereignet. Der französische Bataillonschef Jozereau wurde von Mannheimer Büben bei der Nachschiffen an der Friedriehstraße mit Steinen bedorfen. Der Sicherheitsdienst erhielt daraufhin folgende Zuschrift:

„Vom Bataillon-Chef Mr. Jozereau, Abteilungs-Kommandant, Redarstadt, an Herrn Hauptmann des Heimatrücktransportkommandos Redarstadt. Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß ich, als ich am heutigen Morgen mit meinen Adjutanten den Posten an der Brücke revidierte, von Gasenbüben mit Steinen bedorfen wurde. Ich bitte Befehl zu geben, daß die deutsche Stadtpolizei dafür Sorge trägt, diese Vorfälle zu verhindern, welche von mir und meinen Offizieren sowie Mannschaften als schwere Beleidigung der französischen Fahne aufgefaßt wurde, und ich im Falle einer Wiederholung jede Verantwortung ablehnen möchte. Ich setze den Divisionalkommandanten davon in Kenntnis. Gggg. Jozereau.“

Die Mannheimer Blätter ermahnen die Bevölkerung zur Ruhe und Besonnenheit.

oc. Mannheim, 8. Jan. Gestern zur Mittagsstunde fand hier eine große Kundgebung von Arbeitern und Angestellten gegen die Berliner Spartakusumtriebe statt. Die Teilnehmer an der Protestkundgebung marschierten vom Neppplatz aus über den Rosengarten, wo Star Gled-Mannheim vor etwa 50000 Personen aller Stände zur Ruhe und Ordnung mahnte und eine Entschliebung verleiht, in welcher sich die Anwesenden verpflichteten, vor allen Sozialdemokraten zu stehen, und in welcher die Umtriebe der Spartakusleute verurteilt werden. Die Demonstration verlief in voller Ordnung, obwohl einige unabhängige und Spartakisten verurteilt hatten, die Kundgebung durch Zwischenrufe zu führen.

B.C. Heibelsberg, 7. Jan. Wie das „Heibelsberger Tagblatt“ erzählt, haben 76 Heibelsberger Professoren und Dozenten der badischen Volksregierung eine Kundgebung angestellt, in der sie verlangen, die Volksregierung möchte sich bei der derzeitigen Reichsregierung dahin betreiben, daß dem planlosen Treiben Einhalt getan werde, einseitig Dokumente angehtlicher deutscher Schuld der Öffentlichkeit preisgegeben, daß statt dessen die Beweise für den übertragenden Schuldanteil unserer Feinde unausgesehen öffentlich zur Geltung gebracht werden, und daß der reindeutsche Charakter der von französischer Erberungsgier angeführten Bandenarmee mit dem höchsten Nachdruck der Welt nachgewiesen werde.

oc. Freiburg, 8. Jan. Die „Freib. Jg.“ meldet: Der Freiburger Senatrat scheint sich in einem Zustand der Krise zu befinden. Außer dem Vorsitzenden sind dieser Tage sieben weitere Mitglieder ausgetreten. Die Krise hängt vermutlich mit Erscheinungen des Wahlkampfes zusammen.

Staatsanzeiger.

Im Einverständnis mit dem Verkehrsministerium ist auf Grund des § 3 Abs. 2 der landesherlichen Verordnung vom 28. Juni 1908, die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbauwesen betreffend, Diplomingenieur Waldert Baumann von Mannheim als Ingenieurpraktikant aufgenommen worden.

Das Ministerium des Innern hat unterm 16. Dezember 1918 den Hauptlehrer Martin Bork an der Gewerbeschule in Mannheim in gleicher Eigenschaft an die Gewerblische Fortbildungsschule in Lauda versetzt.

Die Geschafterprüfung bett.

Zum Vollzug der §§ 2 und 3 der Verordnung vom 17. November 1917, die Einwirkung des Krieges auf die Anstellung im öffentlichen Dienste betr., wird mit Bezug auf die Verordnung vom 8. Dezember 1883 und vom 10. September 1893, die Einführung einer Werkmeisterprüfung betr., folgendes bestimmt:

1. Der den Kriegsteilnehmern noch fehlende 6. Kurs wird Mitte Januar 1919 beginnend auf etwa 10 Wochen gestürzt unter möglichster Einhaltung des bisherigen Lehrplans und unter tunkstlicher Wiederholung des in früheren Kursen behandelten Lehrstoffes. Die an diesen Kurs sich anschließende Prüfung wird in der 1. Hälfte des April 1919 stattfinden.

2. Den Kriegsteilnehmern kann auf die nachzuweisende praktische Tätigkeit von mindestens 3 Jahren der abgeleitete Kriegsdienst bis zur Dauer von 9 Monaten gemäß oben erwähnter Verordnung vom 17. November 1917 angerechnet werden. Ob erforderlichfalls die praktische Tätigkeit während des Krieges infolge besonderer technischer Verwendung

Prüfungs noch mit mehr als 6 Monaten angerechnet werden kann, hat der Prüfungsausschuß festzustellen und darüber zu befinden. Kriegsteilnehmer können auch, ohne zur Prüfung zugelassen zu werden, wenn sie den Nachweis einer 1½jährigen Beschäftigung als Valier oder Kaufmännischer bei der Ausführung von Bauten nicht vollständig erbringen können oder infolge eines erlittenen Kriegsbeschadens außerstande sind, diese Bedingung zu erfüllen.

3. Für die Kriegsteilnehmer erstreckt sich die teils schriftliche und zeichnerische, teils mündliche Prüfung nur auf folgende Fächer:

- a) Baukonstruktion in Stein, Holz und Eisen;
- b) Feuerungskunde;
- c) Bürgerliche und landwirtschaftliche Baukunde;
- d) Baumaterialienkunde;
- e) Kenntnis der auf die Bau- und Feuerpolizei bezüglichen allgemeinen Vorschriften.

Die Aufgaben sollen von den Prüfungskommissionen berart gestellt werden, daß aus ihrer Bearbeitung ersehen werden kann, ob der Prüfling auch in den Hilfswissenschaften hinreichende Kenntnisse besitzt.

Karlsruhe, den 8. Januar 1919.
Ministerium des Innern,
L. B. Weingärtner.

Die Werkmeisterprüfung für den bahn- und tiefbau-technischen Dienst betr.

Zum Vollzug der §§ 2 und 3 der Verordnung vom 17. November 1917, die Einwirkung des Krieges auf die Anstellung im öffentlichen Dienste betr., wird mit Bezug auf die Verordnung vom 4. September 1896, die Einführung einer Werkmeisterprüfung für den bahn- und tiefbautechnischen Dienst betr., folgendes bestimmt:

1. Der den Kriegsteilnehmern noch fehlende 6. Kurs wird Mitte Januar 1919 beginnend auf etwa 10 Wochen gestürzt unter möglichster Einhaltung des bisherigen Lehrplans und unter tunkstlicher Wiederholung des in früheren Kursen behandelten Lehrstoffes. Die an diesen Kurs sich anschließende Prüfung wird in der 1. Hälfte des April 1919 stattfinden.

2. Den Kriegsteilnehmern kann auf die nachzuweisende praktische Tätigkeit von mindestens 3 Jahren der abgeleitete Kriegsdienst bis zur Dauer von 9 Monaten gemäß oben erwähnter Verordnung vom 17. 11. 17 angerechnet werden. Ob erforderlichfalls die praktische Tätigkeit während des Krieges infolge besonderer technischer Verwendung des Prüflings noch mit mehr als 9 Monaten angerechnet werden kann, hat der Prüfungsausschuß festzustellen und darüber zu befinden.

3. Für die Kriegsteilnehmer erstreckt sich die teils schriftliche und zeichnerische, teils mündliche Prüfung nur auf folgende Fächer:

- a) Praktische Geometrie, Aufnahmen im Freien und Aufzeichnung der Aufnahmen;
- b) Ausarbeitung von Entwürfen aus dem Gebiete des Eisenbahnbaues, Straßenbaues, Wasserbaues und Tiefbauwesens.

Die Aufgaben sollen von den Prüfungskommissionen berart gestellt werden, daß aus ihrer Bearbeitung ersehen werden kann, ob der Prüfling auch in den Hilfswissenschaften hinreichende Kenntnisse besitzt.

Karlsruhe, den 8. Januar 1919.
Verkehrsministerium,
J. B. Herrmann, Jungbans.

Die Werkmeisterprüfung für den maschinen-technischen und elektrotechnischen Dienst betr.

Zum Vollzug der §§ 2 und 3 der Verordnung vom 17. November 1917, die Einwirkung des Krieges auf die Anstellung im öffentlichen Dienste betr., wird mit Bezug auf die Verordnung vom 8. Oktober 1908, die Einführung einer Werkmeisterprüfung für den maschinen-technischen und elektrotechnischen Dienst betr., folgendes bestimmt:

1. Der den Kriegsteilnehmern noch fehlende 5. Kurs wird Mitte Januar 1919 beginnend auf etwa 10 Wochen gestürzt unter möglichster Einhaltung des bisherigen Lehrplans und unter tunkstlicher Wiederholung des in früheren Kursen behandelten Lehrstoffes. Die an diesen Kurs sich anschließende Prüfung wird in der 1. Hälfte des April 1919 stattfinden. Kriegsteilnehmern, die den 5. Kurs bereits regelrecht besucht haben, wird der Besuch des gestürzten 5. Kurses zu Wiederholungszwecken empfohlen.

2. Den Kriegsteilnehmern kann auf die nachzuweisende praktische Tätigkeit von mindestens 2 Jahren der abgeleitete Kriegsdienst bis zur Dauer von 9 Monaten gemäß oben erwähnter Verordnung vom 17. November 1917 angerechnet werden. Ob erforderlichfalls die praktische Tätigkeit während des Krieges infolge besonderer maschinen- oder elektrotechnischer Verwendung des Prüflings noch mit mehr als 9 Monaten angerechnet werden kann, hat der Prüfungsausschuß festzustellen und darüber zu befinden.

3. Für die Kriegsteilnehmer sollen bei der teils schriftlich und zeichnerisch, teils mündlich abzuhaltenden Prüfung die folgenden Fächer weggelassen werden:

- a) gemeinschaftlich für die Kandidaten des maschinen-technischen und des elektrotechnischen Dienstes:
ganze Ziffer 1: Arithmetik usw. bis einschließlich Logarithmen;
Ziffer 2: ebene Geometrie und Stereometrie, Elemente der Trigonometrie;
von Ziffer 3: Chemie;
Ziffer 4: Technologie (allgemeine Materiallehre, Metallurgie);

b) besonders für die Kandidaten des maschinen-technischen Dienstes:

ganze Ziffer 3: Eisenbahnmaschinenwesen usw.;

c) besonders für die Kandidaten des elektrotechnischen Dienstes:

ganze Ziffer 1: Maschinenentwerfen usw.;

ganze Ziffer 2: Maschinenlehre usw.

Im übrigen bleiben die Bestimmungen des § 5 der oben erwähnten Verordnung vom 8. Oktober 1908 in ihrem sonstigen Umfang bestehen. Die Aufgaben sollen von den Prüfungskommissionen berart gestellt werden, daß aus ihrer Bearbeitung ersehen werden kann, ob der Prüfling auch in den Hilfswissenschaften hinreichende Kenntnisse besitzt.

Karlsruhe, den 8. Januar 1919.
Verkehrsministerium,
J. B. Herrmann, Jungbans.

Gestohlene und unrechtmäßig erworbene Bekleidungsstücke d. Heeresverwaltung schänden den Träger u. den deutschen Namen.

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 60.

